



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/277 - 1.12. 1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 039 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zur aussenpolitischen Erklärung Brentanos	S. 1
Beim "Senator für Formosa"	S. 3
Der Anschlag auf Berlin	S. 5

## Stil- aber keine Kursänderung

sp- Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik hat nicht Dr. Adenauer den aussenpolitischen Bericht der Bundesregierung an einem entscheidend wichtigen Punkt der allgemeinen Entwicklung abgegeben. Diesmal vertrat Aussenminister von Brentano eine Politik, deren Grundzüge seit Bestehen der Bundesrepublik allerdings von Kanzler festgelegt worden waren. Irgendeine Veränderung an diesem Konzept hat Brentano nicht erkennen lassen, obwohl in den vergangenen Jahren die internationale Situation manche und in wesentlichen Punkten grundlegende Wandlungen erfahren hat.

Was die Form anlangt, so kann wohl festgestellt werden, dass Herr von Brentano von der jahrelangen unerfreulichen Übung abging, die aussenpolitische Erklärung der Bundesregierung mit unsachlichen Seitenhieben gegen die Opposition zu verbinden, eine Methode, die das innenpolitische Klima in Westdeutschland so oft vergiftet hat.

Herr von Brentano stand vor der Aufgabe, aus einer ganzen Reihe von internationalen Konferenzen, in denen die deutsche Frage wesentlicher Verhandlungsgegenstand zwischen den drei Westmächten und der Sowjetunion war, das Fazit zu ziehen, wobei natürlich das Schwergewicht dieser Untersuchung auf der letzten Genfer Zusammenkunft lag.

Der ganzen Schwere dieser Problematik ist Herr von Brentano in seiner Darstellung nicht gerecht geworden. Er hat den Versuch gemacht, die Dinge so darzustellen, als sei das Ergebnis der Verhandlungen über die deutsche Frage in der ganzen Zeit nach 1952 allein durch die Schuld der Sowjetunion so negativ geblieben, wie wir es jetzt vor uns sehen. Die starre und unzugängliche Haltung der Sowjetunion auf

1.12.1955

der letzten Genfer Konferenz, die sicher in allererster Linie dazu beigetragen hat, dass diese Zusammenkunft ergebnislos auseinanderfiel, ist ja wesentlich mitbegründet in Fehleinschätzungen der russischen Deutschlandpolitik durch den Westen. So haben die Pariser Verträge nicht der Wiedervereinigung gedient, wie es die Bundesregierung immer wieder behauptet hat, sondern sind ein Haupthindernis auf dem Wege zur staatlichen Einheit Deutschlands. Ihr sicherlich nicht gewolltes Ergebnis ist die Stärkung der russischen Deutschlandpolitik. Vielleicht hat es in diesem Augenblick wenig Sinn, diese Fehleinschätzungen und Versäumnisse der vergangenen Jahre in allen Einzelheiten nachzuprüfen. Aber diese Feststellung in diesem Zusammenhang muss jedenfalls getroffen werden, wenn man sich ein einigermaßen objektives und klares Bild über die Entstehung der gegenwärtigen Situation machen will.

Ein Kernpunkt der Ausführungen Brentanos war die von ihm immer wieder hervorgehobene Identität der deutschen Interessen mit denen des Westens. So gesehen wird natürlich eine eigene deutsche Initiative zur Wiedervereinigung überflüssig, die durchaus nicht im Gegensatz zu den Westmächten hätte zu stehen brauchen. So wird niemand z.B. Norwegen mangelnde Bündnistreue vorwerfen, weil es als unmittelbarer Nachbar der Sowjetunion abgelehnt hat, in Friedenszeiten auf seinem Gebiet militärische Stützpunkte der USA errichten zu lassen.

Aus diesem Verzicht auf die Entwicklung eigener deutscher Vorstellungen über solche Wege zur Wiedervereinigung, denen auch die Sowjets unter Umständen hätten zustimmen können, ergibt sich auch, dass der Teil der Ausführungen des Außenministers, der sich mit der Frage der weiteren praktischen Behandlung dieses Problems befasst, besonders unbefriedigend ist. Hier werden keinerlei praktische Vorschläge entwickelt, wie man das Tor zur Wiedervereinigung aufstossen kann. Und das ist das entscheidende Versäumnis der Regierung, auf das die Opposition immer wieder hingewiesen hat. Wenn Herr von Brentano selbst erklärt hat, das Ziel der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit sei nur erreichbar durch einen übereinstimmenden Beschluss aller vier Mächte, so gibt er damit zu, dass kein Weg gangbar ist, der sich ausschliesslich an den Interessen der drei Westmächte orientiert.

Einigermaßen besorgniserregend war auch die Feststellung

1.12.1955

Dr. Brentanos, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion zunächst nur als technischer Vorgang gewertet werden könne. Sie scheint uns in eklatantem Widerspruch zu der Feststellung des Bundeskanzlers vom 22. September zu stehen, in der es hiess, das Fehlen von Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion und die sich daraus ergebende Unmöglichkeit, "unsere nationalen Anliegen auch selbst in Moskau zu vertreten", sei eine Anomalie. Mit dieser Auffassung hat übrigens nach seinen Moskauer Gesprächen Adenauer selbst die Notwendigkeit einer direkten Fühlungnahme mit der sowjetischen Regierung auch in der Wiedervereinigungsfrage zugegeben, die ja wohl als das wichtigste "nationale Anliegen" der Deutschen anzusehen ist.

Ein besonders bedenkliches Licht auf die Einstellung des Aussenministers zu der Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen Bonn und Moskau wirft eine Bemerkung, die begründen soll, weshalb er in Genf die Gelegenheit eines Gespräches mit Herrn Molotow nicht genutzt habe, Herr Molotow, so stellte der Aussenminister fest, habe es offenbar nicht für zweckdienlich erachtet, die Anwesenheit des deutschen Aussenministers, der einem Gespräch nicht ausgewichen wäre, zu einer Aussprache zu nutzen. Das ist wahrhaft erstaunlich, und lässt einen fragen, ob es sich bei den ganzen Verhandlungen eigentlich um die deutsche Wiedervereinigung und die Herausgabe eines Faustpfandes durch die Russen oder um eine russische Wiedervereinigung handelt, bei der die deutsche Bundesregierung einen Preis zu fordern berechtigt sei.

Übereinstimmung zwischen Bundesregierung und Opposition besteht darin, dass eine Wiedervereinigung zu keiner Zeit und zu keinen Bedingungen unter volksdemokratischem Vorzeichen erfolgen kann. Einer gesamtdeutschen Regierung muss vorbehalten bleiben, die innere Verfassung eines wiedervereinigten Deutschlands in freier Entscheidung selbst zu bestimmen. Es ist nur realistisch, wenn aber auch Herr von Brentano durchblicken liess, dass man eine zehnjährige Entwicklung, wie sie in der Sowjetzone stattgefunden hat, nicht dadurch ignorieren kann, dass man schematisch die vor dieser Zeit dort herrschenden Verhältnisse wieder herstellt.

Was im einzelnen zu den Ausführungen des Aussenministers zu sagen ist, wird am Freitag die Debatte im Bundestag zeigen, die der Führer der Opposition, Erich Ollenhauer, einleiten wird.

- Knowland hat kein Rezept - Ein Gespräch in Oakland -

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter in den USA

G. Sch. Er wirkt wie der Prototyp des erfolgreichen amerikanischen Businessman - hart, geradezu, phantasielos nüchtern, von der Vitalität und Statur eines intelligenten Boxers - der Fraktionsvorsitzende der Partei Eisenhower im Senat - William F. Knowland - republikanischer Senator des zweitwichtigsten amerikanischen Staates, Kalifornien, hat sich sofort für ein Gespräch mit Besuchern aus Bonn zur Verfügung gestellt, als sie sich bei ihm, dem Juniorchef der "Oakland Tribune" melden liessen. Es ist die auflagenstärkste, von seinem 83-jährigen Vater im Nebenzimmer geleitete Zeitung dieses geschäftigen Hafens gegenüber der vielleicht schönsten Stadt der Welt, San Francisco, deren Märchen-Silhouette über die trennende Bai nach Oakland herübergrüsst.

Mit dem Namen Knowland, dem "Senator für Formosa", wie er in Washington scherzhaft genannt wird, verbindet sich die oft kritisierte amerikanische China-Politik und die vom rechten Flügel der Republikaner lange Zeit diktierte scharfe Gangart gegenüber dem Kommunismus in- und ausserhalb der Vereinigten Staaten. Mit der Wahrscheinlichkeit, dass Präsident Eisenhower im nächsten Jahr nicht wieder kandidieren wird, ist Knowlands Einfluss, der auch den Bundeskanzler in Bonn schon einen Besuch abgestattet hat, wieder stärker für die Aussenpolitik Washingtons geworden.

Sie habe sich, wie Knowland im Hinblick auf die "weiche Linie" Eisenhowers in Genf sagt, damals etwas lockerer in den Stuhl zurückgesetzt, sich aber darauf besonnen, dass das Lächeln der Kremlherren anstelle des früheren Stirnrunzeln noch nicht auf einen Wandel der sowjetischen Politik schliessen laesse. Dann folgt die Aufzählung von 25 sowjetischen Vertragsbrüchen in den letzten 20 Jahren und der Hinweis auf die seiner Ansicht nach viel zu wenig beachteten, niemals revidierten Programme zur kommunistischen Weltrevolution. Freilich schränkt der Senator dann ein, man müsse allerdings für eine grundsätzliche Wandlung der sowjetischen Politik - er selbst glaube nicht daran - bereit sein. Das politische Wie dieser Bereitschaft

bleibt denn auch unerwähnt.

#### Die Politik des Alles - (oder)-Nichts

Die sehr drastische Art - "es ist sehr lebensgefährlich, von der Position des Westens immer mehr abknabbern zu lassen" -, mit der Knowland noch heute gegen jede Verhandlungskonkzession Stellung nimmt, erweckt den Eindruck, als ob dieser an ostasiatischen Fragen besonders interessierte Politiker im Grunde Isolationist sei. Er will keinen fussbreit des Gebietes der freien Welt preisgeben, und zwar auch dann nicht, wenn durch eine Modifizierung des NATO- und des Seato-Systems das eine oder andere Stück aus der östlichen Einfluss-sphäre herausgebrochen werden könnte. Eine Teillösung in Asien oder eine Befriedung der Verhältnisse in einem europäischen Sicherheitssystem wird in gleicherweise abgelehnt. Auch die Wiedervereinigung Deutschlands ohne die gleichzeitige Freigabe der osteuropäischen Satelliten - "es gibt noch andere Länder als Ostdeutschland ~~hinter~~ dem Eisernen Vorhang, die Anspruch auf unsere Hilfe haben" - ist für ihn nicht diskutabel. Dass Europa dann eventuell eigene Wege eines annehmbaren Ausgleichs suchen könnte, weil ihm die Aufrechterhaltung des Status quo zu gefährlich dünkt, beunruhigt ihn nicht eine Minute. "Wenn Europa glaubt, in einem Tigerkäfig leben zu können, wir werden es nicht daran hindern", sagt Knowland - der "Flaschenhals" der republikanischen Senatsfraktion, wie ihn ein demokratischer Gegner getauft hat.

Gleichermassen mit aufgekrepelten Hemdsärmeln steht Knowland vor allen Türen eines verbarrikierten Hauses, bereit, jeden Bittsteller abzuweisen und jeden Gegner zu zerschmettern, der ihn nicht erst einmal bedingungslos seine Waffen vor die Füße gelegt hat. Der Gedanke an eine Kriegslist, etwa um den Feind zu irritieren und durch ein klares Verhandlungsangebot ins Unrecht zu setzen, kommt ihm offenbar gar nicht. Präsident Eisenhower, der ihn stets gezügelt und z.B. das von Knowland verlangte bewaffnete Eingreifen in den Indochina-Konflikt abgelehnt hat, regiert aussenpolitisch: lieber mit den Demokraten. Stellen sie, was zur Zeit auch hier im Westen der Vereinigten Staaten als wahrscheinlich gilt, 1956 den nächsten Präsidenten, werden zumindest die Entspannungsversuche zur schrittweisen Lösung des West-Ost-Konfliktes weiter andauern. Senator Knowland und der starke Rechtsflügel der Republikaner wären jedenfalls keine Garantie dafür, dass die amerikanische Politik im Interesse der deutschen Wiedervereinigung jede Möglichkeit, zu einem Akkord mit der Sowjetunion zu kommen, nützt - sie weniger als irgendjemand sonst.

Viermächtestatus Berlins beendet?

E.Z. Berlin

Haben die Sowjets die Absicht, jetzt erneut eine Politik der Repressalien gegen Westberlin anzuwenden? Diese Frage zwingt sich auf, seitdem am 29. November der sowjetische Stadtkommandant von Ostberlin, General Dibrowa, dem US-Stadtkommandanten auf dessen Protestschritt gegen die Festhaltung zweier amerikanischer Kongressabgeordneter im Ostsektor erklärte, er sei für die Entgegennahme eines solchen Protestes nicht zuständig, da Ostberlin die Hauptstadt der von der Sowjetunion anerkannten DDR und kein besetzter Sektor mehr sei.

Praktisch bedeutet diese Erklärung, dass der Vertreter der Sowjetunion in Berlin den Viermächtestatus Berlins nicht mehr als existent betrachtet, der nach 1945 auf Grund von Viermächtevereinbarungen geschaffen und zur Grundlage der gesamten Berlin-Politik der Westmächte wurde. Eine Aufkündigung des Berliner Viermächtestatus würde eine völlig neue Lage schaffen. Es bedarf daher der sofortigen Klärung, ob die Haltung des sowjetischen Vertreters, General Dibrowa, auf Weisungen aus Moskau zurückgeht, oder ob er eigenmächtig gehandelt hat. Bis zur Beseitigung dieser Unsicherheit sollte man davon absehen, in den Worten Dibrowas schon einen Beweis für eine grundsätzlich neue Berlin-Politik der Sowjets zu sehen. Es liegt bei den Westmächten, so schnell wie möglich bei der sowjetischen Regierung wirksam zu intervenieren und an den bis jetzt auch von den Sowjets nicht in Frage gestellten Viermächtecharakter Berlins zu erinnern, der bisher in keiner offiziellen Note Moskaus aufgekündigt worden ist. Inzwischen hat der Westberliner Senat die Westmächte gebeten, jede einseitige willkürliche Verwendung des Viermächtestatus zu verhindern, um den bisherigen Vertragszustand für Berlin wieder zu sichern. Sicherlich ist in diesem sowjetischen Schritt der erste Versuch zu sehen, die Theorie von den zwei deutschen Staaten praktisch zu erproben. Dass er am Vorabend der aussenpolitischen Debatte im Bundestag erfolgte, gibt ihm einen besonders demonstrativen Charakter.

Es sind genügend Punkte vorhanden, die dafür angeführt werden können, dass die Sowjets den Viermächtestatus Berlins bis in die letzte Zeit beachtet haben und die im Gegensatz zu der Erklärung des sowjetischen Stadtkommandanten stehen, Ostberlin sei Teil der DDR und nicht mehr besetztes Gebiet. Man erinnert sich, dass noch vor

kurzen, als der kanadische Aussenminister auf seiner Reise nach Moskau in Berlin zwischenlandete, von dem sowjetischen Botschafter Puschkin auf dem Flugplatz Tempelhof mit den Worten begrüsst wurde, er befinde sich in Berlin auf alliierterm Boden. Auch die von der Moskauer Regierung anlässlich des Abschlusses des Staatsvertrages mit Pankow gemachte Einschränkung, dass der Verkehr der Westalliierten von Berlin nach der Bundesrepublik nach wie vor trotz der "Souveränität der DDR" der sowjetrussischen Kontrolle unterliege, bedeutet die Anerkennung des nach 1945 vereinbarten Viermächtestatus.

Auch gesetzgeberische Formalitäten der Ostberliner Verwaltung sind als Beweis für die weitere Anerkennung des Viermächtecharakters von Berlin anzusehen. So werden die von der sowjetzonalen "Volkskammer" verabschiedeten Gesetze und gesetzlichen Verordnungen der Zonenregierung erst durch eine Veröffentlichung im amtlichen Mitteilungsblatt des Ostberliner Magistrats für den Ostsektor gültig, was formell die Nichtzugehörigkeit Ostberlins zur DDR zum Ausdruck bringt.

Schliesslich gibt es noch im Hause des alliierten Kontrollrates in Westberlin eine alliierte Zentrale für Luftsicherheit, in der nach wie vor sowjetrussische Offiziere ihren Dienst verrichten. Auch das Rundfunkhaus im britischen Sektor ist heute noch von sowjetrussischen Wachtruppen besetzt, und zwar auf Grund derselben Viermächtevereinbarungen, die seinerzeit den Viermächtestatus von Berlin festlegten, der nach der Haltung des Generals Dibrowa nun auf einmal nicht mehr Gültigkeit haben soll. Nicht zuletzt zeugen auch die sowjetischen Wachposten vor dem sowjetischen Ehrenmal in Westberlin dafür, dass Berlin als Viermächtestadt anzusehen ist. General Dibrowa kann nicht auf der einen Seite Tag für Tag auf Grund des Berliner Viermächtestatus seine Ehren- und Wachposten in die Westsektoren entsenden, auf der anderen Seite aber eine Haltung einnehmen, die praktisch einer Aufkündigung dieses von allen vier Mächten festgelegten Status gleichkommt.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau